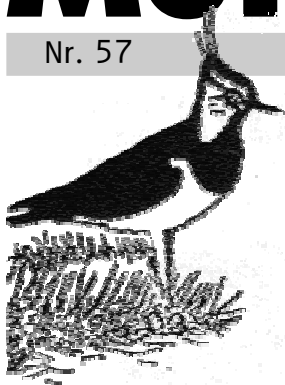


Metelener Kiebitz

Nr. 57

Januar 2001



Windeln zum Bauhof? Das stinkt zum Himmel!

Metelen. Zunächst die gute Nachricht: die Müllgebühren in Metelen sinken insgesamt. So kostet das 80-Liter-Restmüllgefäß rund 20 Mark weniger, das 120-Liter-Gefäß rund 25 und das 240-Liter-Gefäß etwa 41 Mark weniger als noch im Vorjahr.

Seltener Abfuhr – Kosten sinken

Dies liegt zum einen an den geringeren Deponiekosten. Zum anderen konnten durch die Umstellung vom 2-Wochen- auf den 4-Wochen-Abfuhrhythmus die Kosten für den Transport des Mülls erheblich gesenkt werden. Die Umstellung auf den 4-Wochen-Rhythmus soll außerdem dazu dienen, dass weniger Biomüll und sonstige Abfälle wie z. B. Bauschutt in der Restmülltonne landen. Die SPD hat dieser Regelung zugestimmt, unter der Voraussetzung, dass sie ein Jahr getestet wird und dass dadurch die Müllgebühren deutlich abgesenkt werden können.

Soziale Gerechtigkeit im Metelener Rat auf verlorenem Posten

Nicht einverstanden war die Fraktion jedoch mit dem Ausgleich für Familien mit Kindern

und für Pflegebedürftige.

Diese sogenannte „Pampers-Fraktion“ ist besonders stark von der Veränderung des Abfuhrhythmus betroffen. Reichte bisher vielleicht gerade die 80-Liter-Tonne, so sind diese Bürger jetzt gezwungen auf die 240-Liter-Tonne umzusteigen. Das bedeutet stolze 417,60 DM mehr jedes Jahr.

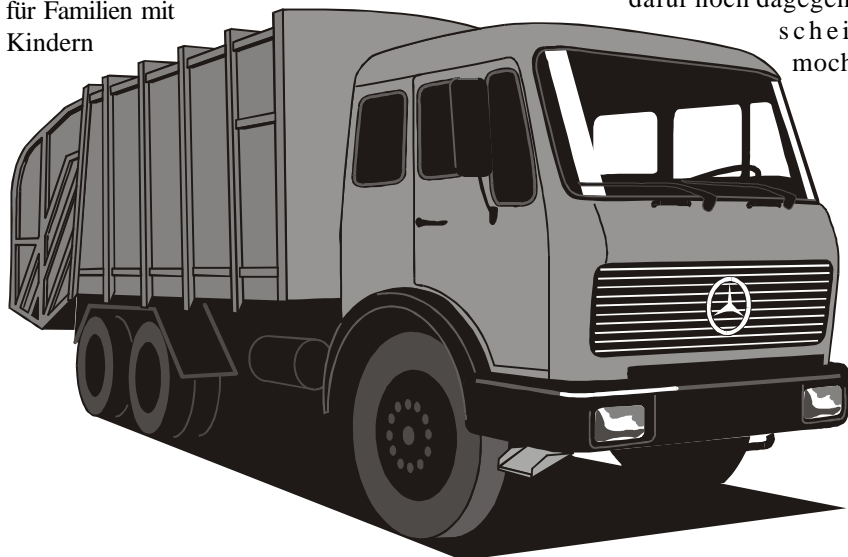
Daran ändert auch nichts die von der Verwaltung vorgeschlagene Regelung, dass gegen Nachweis Windeln am Bauhof entsorgt werden können, wenn die größtmögliche, also die 240-Liter-Tonne, nicht ausreichen sollte. Die Metelener Sozialdemokraten hatten daher gefordert, dass Familien mit Kleinkindern und Pflegebedürftige, die aufgrund der neuen Regelung auf eine größere Tonne umsteigen müssen, die neue Tonne zum Preis der alten abgerechnet bekommen, solange Windeln entsorgt werden müssen.

Leider konnte sich die CDU und die anderen Fraktionen diese Regelung nicht anschließen und stimmten für die ungerechte und nicht gerade familienfreundliche Regelung, mit Ausnahme der UWG, die sich weder dafür noch dagegen entscheiden mochte.



Gemeinde informiert

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Faltblatt „Abfall“ der Gemeinde. Sollten Fragen bei der, zugebenermaßen nicht ganz leichten, Lektüre entstehen, sind wir Ihnen gerne behilflich. Bitte wenden Sie sich an Willi Krude (Fraktionsvorsitzender, Tel. 77 81) oder Andreas Sievert (Fraktionsgeschäftsführer, Tel. 99 79 40).



Liebe Metelenerinnen und Metelener,

der Kiebitz wünscht Ihnen ein glückliches und frohes Neues Jahr.

Ein paar schöne Tage liegen hinter Ihnen, Weihnachten und Silvester im Schnee, und vor Ihnen wieder ein neues und spannendes Jahr. Sicher, es wird auch künftig Einschränkungen geben. Abwassergebühren, Müllabfuhr und sonstiges werfen ihre Schatten schon voraus. Forschung und Politik bemühen sich um Sicherheit vor dem BSE-Gespenst. Persönliche Schicksale und Krankheiten gilt es zu besiegen.

Und trotzdem: Wir bekommen wieder ein Gefühl von Sicherheit und die Zukunftsangst schwindet langsam. Wir erkennen, dass die Politik in der Lage ist, auch sehr schwierige Sachverhalte zu lösen. Die Steuerreform, die Rentenreform der Abbau der Verschuldung oder die Aufnahme neuer Länder in die EU sind nur einige Stichworte hierfür. Das gilt auch für den Arbeitsmarkt, von dem noch vor nicht langer Zeit behauptet wurde: "Das kann alles nur noch schlimmer werden!" Aber nein – der Trend geht auch hier hin zum Positiven.

Der Kiebitz möchte mit diesen Zeilen darum werben, die Ungereimtheiten und Unannehmlichkeiten vor der eigenen Haustür in dem Licht dieser insgesamt positiven Entwicklung zu sehen. Dann können kleine Streitigkeiten, Ängste und Nöte relativiert werden. Sie verlieren an Bedeutung und erlauben es uns, etwas froher und nicht so verkniffen in die Zukunft zu sehen.

In diesem Sinne wünscht der Kiebitz allen Metelenerinnen und Metelenern viel Erfolg und ein schönes Jahr 2001.

Zitat

„In den zwei Jahren ist 'ne Menge passiert. Aber es kann ja auch nicht genug sein. Was sollten wir sonst, meine Damen und Herren, die nächsten zehn Jahre tun, wenn schon alles getan wäre.“

Bundeskanzler Gerhard Schröder
vor der Deutschen Bauwirtschaft

Neue Freiheiten in der Wasserversorgung?

Der Rat der Gemeinde Metelen hat am 11.12.2000 eine neue Entwässerungssatzung beschlossen. Neu in dieser Satzung ist u. a., das auch Wasser aus dem eigenen Brunnen durch eine Wasseruhr zu messen ist. Die SPD-Fraktion hat diesem Punkt zugestimmt, weil sie jetzt mehr Gerechtigkeit zwischen den an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossenen Haushalten und den Haushalten mit einer eigenen Wasserversorgung sieht. Mit dem Ablesen des selbst geförderten Wassers lässt sich auch die Menge bestimmen, die als Schmutzwasser abgeführt wird. Künftig wird es also keine geschätzten Abwassermengen mehr geben. Und auch die oft beklagte Stichtagsregelung fällt weg.

Für uns ergibt sich daraus als logische Konsequenz, dass für Frischwasser auch ein Zweikreissystem zugelassen werden muss. Es ist nicht einzusehen, dass teuer aufbereitetes Trinkwasser für alle im Haushalt befindlichen Abnahmestellen genutzt werden muss. In einer Toiletten-spülung z. B. stören erhöhte Nitratwerte aus der eigenen Wasserversorgung sicherlich nicht.

Deshalb wird die SPD-Fraktion einen Antrag zur Änderung der Wasserversorgungssatzung einbringen. Wir wollen erreichen, dass neben dem Stadt-wasser auch Wasser aus der Eigenversorgung in einem Zweikreissystem genutzt werden kann, wenn der Verbrauch gemessen wird. Dieses ist ein gesetzlich verbrieftes Recht, welches den Metelenern nicht vorenthalten werden darf.

Die Satzung der Gemeinde Metelen beschränkt nämlich die Nutzung des eigenen Wassers auf gärtnerische Zwecke.

Diese selbst auferlegte Beschränkung ist eine unnötige Gängelung und muss aufgehoben werden. Vielleicht erhöht sich damit auch die Bereitschaft der Haushalte, die noch nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen sind, sich für Trinkwasser an diese Versorgung anzuschließen. Dies dient nicht nur der eigenen Sicherheit, es entlastet auch den Haushalt der Gemeinde, weil die Gemeinde sämtliche Erschließungsbeiträge für alle Haushalte vorfinanziert hat.

Auszug aus der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) vom 02.06.1980, abgedruckt im Bundesgesetzblatt, 1980, Teil I, Seite 750:

§ 3 Bedarfsdeckung

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen hat dem Kunden im Rahmen des wirtschaftlich Zumutbaren die Möglichkeit einzuräumen, den Bezug auf den von ihm gewünschten Verbrauchszweck oder auf einen Teilbedarf zu beschränken. Der Kunde ist verpflichtet, seinen Wasserbedarf im vereinbarten Umfang aus dem Verteilungsnetz des Wasserversorgungsunternehmens zu decken.

(2) Vor der Errichtung einer Eigen-gewinnungsanlage hat der Kunde dem Wasserversorgungsunternehmen Mit-teilung zu machen. Der Kunde hat durch geeignete Maßnahmen sicherzu-stellen, dass von seiner Eigenanlage keine Rückwirkungen in das öffentli-che Wasserversorgungsnetz möglich sind.

Alterssicherung.

„Für mich ändert sich nichts. Denn die Rentenansprüche bleiben für alle, die bis 2010 in Rente gehen, in vollem Umfang erhalten.“



SPD

Rente, Rente, Rente ...

Metelen/Berlin. Das Thema Rente ist in aller Munde. Die SPD hat bereits im Dezember mit viel Erfolg und Zuspruch eine spannende Informationsveranstaltung mit dem Kölner Konrad Gilges, Rentenexperte bei der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, durchgeführt. Dabei zeigte sich aber auch, dass die Rentenreform ein Thema ist, das sogar von Experten nur schwer zu erklären ist, da es besonders viele Spezialfälle gibt.

Wer die Veranstaltung verpasst hat oder zusätzliche Informationen möchte, findet diese auf der Homepage der SPD (www.spd.de) unter dem „Stichwort Rente“. Schriftliche Infos gibt's im Büro der Metelener Bundestagsabgeordneten:

Angelica Schwall-Düren, MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Tel. (0 30) 22 77 77 06

Fax (0 30) 22 77 67 06

buero.berlin@schwall-dueren.de

Kalender

- 21.01. KIMlädtein: **Teestunde mit Lyrik** von Angelika Scho (Nordwalde), 16 Uhr, Herdering-Hülso
- 24.01. **SPD-Vorstand**, 19.30 Uhr
- 17.02. KIM lädt ein: **„Die Bullenmänner“**, 20 Uhr, Bürgersaal
- 24.02. **Kaminabend** der SPD bei Brinckwirth (öffentlich)
- 09.03. KIM lädt ein: **Blues-Konzert** mit der Münchener Band „Little Martin and the Roosters“, 20 Uhr im Bürgersaal

Kontakt KIM: Brigitte Schmitter-Wallenhorst, Tel. (0 25 56) 72 10

Impressum: Metelener Kiebitz, SPD-Ortsverein Metelen, verantwortlich: Helmut Brüning, weitere Redaktion: Willi Krude, Johannes Schwall, Andreas Sievert, Gaby van Goer, Erhard Zachej, Michael Zander, Kontakt: SPD-Bürgerbüro, Adenauerstraße 34, 48629 Metelen, Tel. (0 25 56) 99 72 35, Fax (0 25 56) 99 72 36, E-Mail: vorstand@spd-metelen.de, Internet: <http://www.spd-metelen.de>, Druck: Kirch Druck- und Verlag GmbH, Ochtrup, Auflage: 1.800

Willkommen im Gemeinderat!



Ratsmitglied Erhard Zachej

Nachdem SPD-Ratsmitglied Karl Jäger umzugsbedingt den Metelener Rat verlassen musste, übernimmt Erhard Zachej als neues Ratsmitglied das Mandat und vorerst auch den zugehörigen Stimmbezirk.

Erhard Zachej ist 48 Jahre alt, verheiratet und hat einen 16-jährigen Sohn. Als sachkundiger Bürger hat er bisher im Bau- und Planungsausschuss, im Schul- und Jugendausschuss, sowie in der Gesellschafterversammlung des Vogelparks mitgewirkt. In diesen Ausschüssen und zusätzlich im Ausschuss für Familien und Soziales wird er sich zukünftig als Ratsmitglied für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Kontakt: Erhard Zachej, Theodor-Heuss-Straße 9, 48629 Metelen, Tel. (0 25 56) 74 19

Ihre SPD-Vertreter in den Ratsausschüssen stehen Ihnen jederzeit zur Seite!

Haupt- und Finanzausschuss:

Gaby van Goer
Andreas Sievert
Willi Krude

Bau- und Planungsausschuss:

Josef Kupetz
Erhard Zachej
Anni Brüning
Günther Helmrich

Ausschuss für Familien und Soziales:

Gaby van Goer
Anni Brüning
Erhard Zachej

Sport-, Freizeit- und Kulturausschuss:

Josef Kupetz
Andreas Sievert
Gudrun Leissing-Helmrich

Agrar- und Umweltausschuss:

Gaby van Goer
Uwe Hinze
Willi Krude

Schul- und Jugendausschuss:

Gaby van Goer
Erhard Zachej

Rechnungsprüfungsausschuss:

Andreas Sievert
Willi Krude

Arbeitskreis Partnerschaft Chateauxrenard:

Jochen Böhm

Verbandsversammlung VHS/Musikschule:

Andreas Sievert

Gesellschafterversammlung Vogelpark:

Andreas Sievert
Erhard Zachej

Biologisches Institut:

Andreas Sievert

Alterssicherung.

„Ich gehe erst nach 2010 in Rente. Durch die staatlich unterstützte private Zusatzvorsorge wird meine Alterssicherung dann höher sein als heute.“



Es hat sich viel getan – nur kriegt es kaum einer mit

Wer hätte das vor einem Jahr gedacht? Das hektische Theater des ersten Sommers der rot-grünen Bundesregierung ist wie weggeblasen. Ersetzt wurde es durch einen Politikstil, der viel Sachlichkeit und mehr Vertrauen ausstrahlt. Darüber hinaus haben uns zwei Entwicklungen der letzten Monate deutlich gemacht, dass wir einer Politik der Nachhaltigkeit noch größeren Vorrang geben müssen. Der Ölpreisentwicklung auf der einen und der Zuspitzung beim BSE-Problem auf der anderen Seite sind wir mit Sofortmaßnahmen begegnet. Aber beide Problemkreise bedürfen eines langfristigen Umstuwerns. Ölpreis und BSE, so wenig sie auf den ersten Blick miteinander zu tun haben, zeigen, dass wir beim ökologischen Umstuwern vor großen Herausforderungen stehen. Wir nehmen sie an und werden nachhaltige Konzepte vorlegen.

Nun läuft der parlamentarische Motor andererseits aber so ruhig, dass viele Reformen und Richtungsänderungen gar nicht mehr wahrgenommen werden. Die Halbzeitbilanz der neuen Regierung kann sich jedoch sehen lassen. An einige Punkte möchte ich an dieser Stelle noch einmal kurz erinnern:

1. Das **Entsendegesetz** vom 19. Dezember 1998 ist zu einem wichtigen Bestandteil im Kampf gegen die illegale Beschäftigung geworden. Das Gesetz gepaart mit einem verstärkten Personaleinsatz führte zu 70 % höheren Einnahmen bei den Verwarn- und Bußgeldern. Illegale Beschäftigung wird unrentabel!

2. Durch das Stopfen von **Steuer-schlupflöchern**, einer **soliden Haushaltsführung** und dem gefestigten **Wirtschaftsaufschwung** werden für dieses Jahr 9,5 Mrd. DM mehr Steuereinnahmen erwartet. Und das obwohl der einzelne Bürger durch die **Einkommenssteuerreform** mehr im Portemonnaie hat. Die Einnahmen werden benötigt, um den **Konsolidierungskurs** beibehalten zu können. Wir werden die Neuverschuldung auf Null fahren!

3. Die **Ökosteuern** wird verstärkt gelobt. Der notwendige Richtungswechsel wurde selbst von der CDU schon einmal erkannt: durch eine maßvolle und geringe Erhöhung der Mineralölsteuer werden die Beiträge zur

Rentenversicherung gesenkt. Der Faktor Arbeit wird somit entlastet und der Faktor Energieverbrauch belastet. Dies schafft Arbeitsplätze, da die Lohnnebenkosten sinken. Mit der Oktober-**Erwerbslosenquote von 8,9 %** hatten wir die niedrigste Rate seit 6 Jahren und im Münsterland konnten wir mit 6,8 % die beste Quote seit 1995 erreichen!

4. Das **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** bildet die Grundlage für den Ausbau umweltfreundlicher Energieversorgung. Dazu gesellt sich das **Förderprogramm für eine alternative Energieversorgung**, das mit insgesamt einer Mrd. DM bis 2003 das bislang größte Fördervolumen für erneuerbare Energien bereitstellt. Mit dem mittelfristigen **Atomausstieg** schaffen wir Raum für eine moderne Energieversorgung ohne gravierende Risiken für Mensch und Umwelt!

5. Das neue **Staatsangehörigkeitsrecht** sorgt dafür, dass die über sieben Millionen ausländischen Einwohner bei uns gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden können. In Deutschland gibt es seit

mehr als 40 Jahren Zuwanderung. Es war Zeit, diese Realität zu akzeptieren.

6. Mit dem Gesetz über **Eingetragene Lebenspartnerschaften** wird ein weiteres wichtiges rot-grünes Projekt umgesetzt. Gleichgeschlechtliche Paare sind schon lange Realität in unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für ein Ende ihrer Diskriminierung ein!

7. Nach der zweimaligen **Erhöhung des Kindergeldes** und der Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes zum **Elternteilzeitgesetz**, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, werden wir ein zweites Familienförderungsgesetz erarbeiten.

Mit diesen und anderen Reformprojekten bewegen wir uns auf einen modernen und sozial gerechten Staat zu. Sozial gerecht, weil die Umwelt geschont, Geld nicht mehr verschleudert und den Menschen wieder Arbeit gegeben wird. Wir sollten es weitersagen!

Angelica Schwall-Düren

Mitglied des Bundestages

Parlamentarische Geschäftsführerin
der SPD-Bundestagsfraktion

